

# Ausland

**UNO-Generalversammlung** Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas gelangt heute an den Sicherheitsrat - ohne Erfolgsaussicht. *Claudia Kühner*

## Gewinner gibt es keine

US-Präsident Barack Obama hat in seiner Rede das klargestellt, was man erwartet hatte. Die USA werden einem Antrag der Palästinenser, als UNO-Mitglied aufgenommen zu werden, nicht zustimmen. Entsprechend enttäuscht waren die Palästinenser, während in der israelischen Delegation selbst der rechtsnationale Aussenminister Avigdor Lieberman zufrieden war.

Dabei hatte Obama genau vor einem Jahr vor der UNO-Vollversammlung noch seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass man «innerhalb eines Jahres ein neues UNO-Mitglied» willkommen heissen könne - «einen unabhängigen, souveränen Staat Palästina, der fortan in Frieden mit Israel lebt». Seither aber hat er Israel in seiner Siedlungspolitik gewähren lassen, wissend, dass sie das grösste Hindernis ist. Der israelische Premier Netanyahu wiederholte auch in New York, es werde keinen Baustopp geben.

Ein weiteres Mal ist Obama eingeknickt vor den innenpolitischen Gegenspielern. Kommt dazu, dass es auf den Wahlkampf zugeht. Die inzwischen schon viel beschworene internationale Isolation der USA, zumal in der islamischen Welt, nimmt der US-Präsident in Kauf. Dabei hat er mit seiner Passivität wesentlich dazu beigetragen, dass Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas den Weg - ob Ausweg, Umweg oder Irrweg - über die UNO überhaupt sucht.

### Weitere Nein-Stimmen gesucht

Heute Abend will Abbas dennoch an den Sicherheitsrat gelangen. Es kann allerdings Wochen, vielleicht Monate dauern bis zur Abstimmung. Neben dem amerikanischen Veto steht auch ein Nein Deutschlands schon fest. Amerikaner und Israelis suchen fieberhaft fünf weitere Mitglieder des Sicherheitsrats, die den Antrag ebenfalls ablehnen. Dann wäre das Veto - eine Blossstellung der USA - nicht mehr nötig.

Hingegen rechnen die Palästinenser zuversichtlich mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit in der Vollversammlung, die ihren Status heben würde, ob als Staat oder als staatlicher Beobachter. In Europa neigen Spanien, Schweden, Norwegen, Frankreich, Belgien, Irland zum Ja, Deutschland, Italien, die Niederlande, Dänemark und Tschechien zur israelischen Seite, Grossbritannien schwankt noch. Die Schweiz entscheidet erst nach Vorliegen des Antrags. Eine aktuelle



Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas (links) verfolgt mit Delegationsmitgliedern die Generalversammlung im UNO-Hauptquartier in New York. Foto: Jessica Rinaldi (Reuters)

Umfrage unter Israelis zeigt übrigens, dass immerhin 70 Prozent finden, man solle eine entsprechende Resolution akzeptieren. Sie folgen also nicht der Regierung.

Die Palästinenser selber, beziehungsweise ihre Dachorganisation PLO, haben einen Staat in den Grenzen von 1967 schon 1988 ausgerufen und damals auch Israel anerkannt. Seither haben ohnehin rund 120 Staaten diesen virtuellen Staat anerkannt, wie formal nur ein Staat einen anderen anerkennen kann. Die UNO hat selber über die Jahrzehnte das Recht der Palästinenser auf einen Staat unterstützt (siehe unten).

Was also bringt den Palästinensern ihr Vorgehen? Daniel Möckli, Nahostexperte von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich, ist skeptisch. «Eine Zweistaatenlösung sollte das Ergebnis von Verhandlungen sein», meint auch er - wie die USA oder Deutschland. Mit dem jetzigen Vorgehen würden in Israel die rechten Kräfte gestärkt, «was dem realen Palästina nur noch mehr schadet». Damit spricht

Möckli auch die Drohung von EU und USA an, allenfalls Hilfsgelder zu streichen. Sie machen den wesentlichen Teil des palästinensischen Haushalts aus.

Für eine Anerkennung spräche seiner Meinung nach aber, dass sich die «Macht-Asymmetrie etwas zugunsten der Palästinenser verschieben würde, auch bezüglich der Legitimität ihres Anspruchs. Und es würden die moderaten und säkularen Kräfte gestärkt, also die Fatah. Die Hamas hingegen müsste den neuen Palästinenserstaat entweder ablehnen oder die neue Entwicklung schlucken.» Das wäre laut Möckli wichtig im Hinblick auf die 2012 geplanten Wahlen in Palästina.

Auch der österreichische Nahostspezialist John Bunzl ist eher zurückhaltend im Urteil. «Die Palästinenser haben staatliche Strukturen aufgebaut, doch in zentralen Bereichen wie Wasser, Grenzen, Siedlungen haben sie weiterhin keinerlei Entscheidungsbefugnis.» Bleibt im besten Fall «ein Schritt, der auch nichts schadet».

Von den Palästinensern befürworteten 80 Prozent das Vorgehen ihrer

Führung. Kritische Stimmen verweisen darauf, dass die Bevölkerung nie gefragt wurde und weder Ministerpräsident Salam Fayyad noch Abbas demokratisch legitimiert sind - schon gar nicht, einen Schritt von solcher Tragweite zu gehen. Fayyad wurde ernannt und nicht gewählt, und Abbas' Mandat ist abgelaufen. Wahltermine wurden mehrfach verschoben.

### Kritik von Palästinensern

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die Regierung als Repräsentantin eines «Staats-Volkes» die bisherige Dachorganisation PLO ablösen würde, die auch die riesige Diaspora vertritt. Damit bliebe die Frage des Rückkehrrechts ungelöst beziehungsweise die Chance aufgegeben, eine Kompensationslösung auszuhandeln, wie es jetzt noch möglich wäre (allerdings nur sehr theoretisch).

Israel seinerseits vergibt sich Entscheidendes durch seine Abwehrhaltung. Denn als Staat würde die palästinensische (und mit ihr die arabische) Seite die Grenze von 1967 wie den Staat

Israel definitiv anerkennen (ob er sich als jüdisch oder wie immer definiert, was im Staatsrecht ohnehin ohne Belang ist). Auch die Flüchtlingsfrage wäre mehr oder weniger vom Tisch.

Gewinnen wird Israel nur vordergründig: Es kann die Besetzung aufrechterhalten, die «Grenzen» alleine bestimmen, erst recht in Jerusalem. Das sieht nach Status quo aus. Doch mit den arabischen Erhebungen ist es eine offene Frage, wie lange bisherige Gewissheiten noch gelten.

Derweil präpariert sich Israels Armee gegen zivile Erhebungen nach dem Vorbild «Tahrir» in Ägypten oder Massenmärsche auf die Checkpoints zu. Ihre allfällige «Operation» hat schon einen Namen: «Summer Seeds» - Sommersaat. Die Armee rüstet Siedler mit Tränengas und Blendgranaten aus, hat aber die palästinensischen Sicherheitskräfte ebenfalls beliefert; auch sie sorgen sich wegen Protesten.

Dossier - Palästina als Staat?  
www.palaestina.derbund.ch

## Über 200 UNO-Resolutionen zum Nahen Osten ohne Wirkung

In der Debatte um die Anerkennung Palästinas als Staat bekommen alte Beschlüsse der Vereinten Nationen neue Bedeutung.

### Claudia Kühner

Die seit 1967 in UNO-Resolutionen formulierten «Lösungen» des Nahostkonflikts gehen stets vom selben Prinzip aus - dem Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten auf die Grüne Linie von 1967. Damals eroberte Israel im 6-Tage-Krieg den Golan (in den 80er-Jahren annektiert), Ostjerusalem (ebenfalls annektiert), die Westbank, Gaza und den Sinai (1982 zurückgegeben). Bis heute hat die UNO über 200 Nahost-Resolutionen verabschiedet.

**Resolution 181** Mit dieser Resolution der Generalversammlung wurde am 29. November 1947 die Teilung Palästinas beschlossen, bis dahin britisches Mandatsgebiet. Die arabischen Staaten lehnten sie ab, die Palästinenser auch, sie verfügten aber noch über eine eigene Körperschaft. Dem künftigen Israel wurden 56,5 Prozent Palästinas zugeschlagen. In jüdischem Besitz waren damals 6 Prozent. Im jüdischen Teil hätten knapp 500 000 Juden und 325 000 Nichtjuden gelebt, im palästinensischen Teil 807 000 Nichtjuden und 10 000 Juden. Im Mai 1948 riefen die Zionisten ihren Staat aus, im Zuge des Unabhängigkeitskriegs 1947-1949 ver-

grösserte Israel sein Territorium. Die Waffenstillstandslinie von 1949 wurde nie zur offiziellen Grenze, da es keine Friedensverträge mit den arabischen Anrainerstaaten gab. Diese «Grenze» galt bis 1967.

**Resolution 194** Mit dieser Resolution, auf die die Palästinenser bis heute rekurrieren, hielt die Generalversammlung im Dezember 1948 das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr fest. Im Zuge des Unabhängigkeitskriegs waren über 700 000 Palästinenser geflohen bzw. von

israelischen Truppen vertrieben worden. Dies ist im palästinensischen Sprachgebrauch die Nakba («Katastrophe»).

**Resolution 273** Im Mai 1948 nahm die UNO Israel als Mitglied auf.

**Resolution 303** Im Dezember 1949 legte die Generalversammlung für Jerusalem einen internationalen Status fest (und lehnte somit Israels Anspruch ab, es sei seine Hauptstadt).

In den folgenden Jahren erliess die Generalversammlung unzählige weitere Resolutionen.

### Palästinensisches Territorium 1947-2011



■ 1947 UNO-Teilungsplan (von den Arabern abgelehnt) ■ 1949-1967 Waffenstillstand von 1949, bzw. Grüne Linie ■ 2011 Teilgebiete, die heute noch unter ihrer Kontrolle wären

TA-Grafik ib

**Resolution 2253** Im Juli 1967 lehnte die Generalversammlung die Statusänderungen ab, die Israel nach seiner Eroberung von Ostjerusalem vornahm, indem es seine Gesetzgebung auf Ostjerusalem ausdehnte.

**Resolution 242** Mit dieser Resolution des Sicherheitsrats - bis heute die zentrale Resolution zum Konflikt - forderte die UNO im November 1967 Israel auf, die besetzten Gebiete zu räumen. Umstritten war sofort, ob alle Gebiete gemeint seien wie in der französischen Version oder «Gebiete», also nicht alle, gemäss der englischen Version. Wie auch immer, hier wird die Unrechtmässigkeit der Gebietseroberung festgehalten, der die völkerrechtswidrige Besiedlung folgte.

**Resolution 338** Mit dieser Resolution forderte der Sicherheitsrat nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 Israel, Ägypten und Syrien zu einem Waffenstillstand auf und dazu, die Resolution 242 von 1967 umzusetzen.

**Resolution 3375** Im November 1975 lud die Generalversammlung die PLO ein, sich an den Friedensbemühungen zu beteiligen. In der Resolution 3379 vom 10. November 1975 setzte die Generalversammlung Zionismus mit Rassismus gleich (sie wurde 1991 aufgehoben).

In den 70er- und 80er-Jahren verurteilten weitere Resolutionen die Besetzung fremder Gebiete, israelische Grenzverletzungen und Aggressionen, etwa gegenüber dem Libanon.

**Resolution 1397** Mit dieser Resolution

forderte der Sicherheitsrat 2002 zum ersten Mal explizit die Zweistaatenlösung - also auch mit der Stimme der USA.

Anzeige



2 x auf Ihre Liste

**Professor Thierry Carrel**

Kandidat 05.06.1 / Liste 5

www.thierry-carrel.ch